



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	08.11.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Beantwortung von Nachfragen zu "Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige" (2687/2010) in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 06.09.2010

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 06.09.2010

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) fragt nach, wie der Rechtsanspruch der Eltern haltbar sein soll, wenn wie ab Ziffer 6.1 dargestellt 700 Stellen nicht besetzt sind und die Finanzierung nicht geklärt ist. Zudem können 100 notwendige Baumaßnahmen nicht realisiert werden, weil nicht genügend Personal vorhanden sei um Begehungen durchzuführen. Widersprüchlich sei zudem, dass die Baumaßnahme für die Betreuungsgruppe in der Schönsteinstraße noch als geplant gekennzeichnet sei, aber bereits 2009 durchgeführt worden sein soll. Ebenfalls sei sowohl der Standort in der Ottostraße als auch der Ersatzstandort in der Hans-Wild-Straße aufgeführt, was keinen Zugewinn an Betreuungsplätzen darstelle.

Bezirksvertreterin Wilke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es laut der Vorlage bereits eine Förderzusage des Landes für die insgesamt für Köln ausgewiesenen 855 U3-Plätze gibt. Allerdings seien nur 611 Plätze realisiert worden. Die Begründung hierfür sei nicht verständlich. Sie bittet die Verwaltung um nähere Erläuterung. Die Finanzierung sei aufgrund der Fördermittel des Landes sichergestellt gewesen. Weiterhin bestehe die Gefahr, dass die Förderzusage aufgrund der nicht geschaffenen Plätze zurückgezogen werde.“

Antwort der Verwaltung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können offene Stellen für Erzieher/-innen in den Kölner Kindertageseinrichtungen noch besetzt werden. Eine Bedarfslücke von rd. 700 Fachkräften (560 Vollzeitstellen) ergibt sich nach einem Berechnungsschema von Deutschem Jugendinstitut und TU Dortmund im Zuge des weiteren Ausbaus U3 bis 2013. Die Verwaltung hat daher zum einen eine kurzfristige Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Kölner Fachschulen erreichen können und bereitet zum anderen gegenwärtig eine Abfrage bei Fachschulen im Umland vor, um nach Möglichkeit Ausbildungskapazitäten für Köln zu reservieren.

Bei den angeführten 100 notwendigen, aber nach gegenwärtigem Stand nicht zeitnah realisierbaren Baumaßnahmen handelt es sich um sogenannte „Umbauten im Bestand“. Diese beziehen sich auf U3-Plätze, die in städtischen Kindertageseinrichtungen schon eingerichtet worden sind, für die aber nachträglich noch bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen durchgeführt werden sollen (z.B. Einbau von Säuglingspflegekombinationen). Die Verwaltung ist bemüht, diese Umbaumaßnahmen zu beschleunigen. Zudem werden die vorhandenen Personalkapazitäten verstärkt darauf ausgerichtet, Erweiterungspotenziale in Kindertageseinrichtungen zu prüfen. Zum Teil kann hier von Begehungen abgesehen und auf vorhandene Unterlagen abgestellt werden.

Hinsichtlich der Planungsstandorte Ottostraße und Hans-Wild-Straße (vgl. Anlage 3 des Statusberichts) stellt sich die Situation wie folgt dar: Die bestehende 3-gruppige Kindertageseinrichtung Ottostr. 76 wird im Rahmen einer städtischen Baumaßnahme neu gebaut (Ersatzbau). Anlässlich des notwendigen Abrisses der bestehenden Einrichtung erfolgt die Auslagerung auf dem Grundstück Hans-Wild-Straße durch Anmietung von Containerbauten. Im Vorgriff auf den Neubau erfolgt die Erweiterung der Einrichtung um eine Gruppe. Es werden 10 neue Plätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen.

Wie unter 2. des Statusberichts dargelegt, hatte die Verwaltung zum 15.03.2009 über den LVR beim Land NRW insgesamt 855 neue U3-Plätze beantragt und genehmigt bekommen. Der Landesmeldung gingen ausführliche Abstimmungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe im Rahmen von Regionalkonferenzen voraus. Leider konnten im Kindergartenjahr 2009/10 dann aber nur 611 neue U3-Plätze realisiert werden. Die Differenz erklärt sich vor allem daraus, dass einige Einrichtungen nicht wie geplant in Betrieb gehen konnten, weil sich die Fertigstellung von Baumaßnahmen verzögerte, Mietvertragsverhandlungen andauerten oder in einem Fall auch eine Elterninitiative ihren Antrag kurzfristig zurückzog. Die Verwaltung hat sich über den LVR mit der Bitte an das Land gewandt, die Förderzusagen für die Einrichtungen mit verzögerter Realisierung aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang hat die Verwaltung die starre Festlegung auf einrichtungsbezogene Budgets kritisiert: Mit der Landesmeldung zum 15.03. eines Jahres müssen schon konkrete Projekte benannt werden, die bis zum Ende des folgenden Kindergartenjahres realisiert werden können. Dies entspricht einem Planungsvorlauf von bis zu 18 Monaten. Bei größeren Baumaßnahmen und geplanten Inbetriebnahmen eher in der zweiten Hälfte des Kindergartenjahres kann es zu Verzögerungen kommen, die zu der Situation führen, dass bereit stehende Landesmittel nicht in Anspruch genommen werden können, während andere Projekte, für die sich Realisierungsmöglichkeiten erst nach dem 15.03. abzeichneten,

nicht alternativ in die Förderung aufgenommen werden können. Der LVR hat mit Blick auf die KiBiz-Revision seine Unterstützung zugesagt, anstatt eines Einrichtungsbudgets ein Jugendamtsbudget vorzusehen, das eine relativ freie Verschiebung der Plätze und damit eine flexiblere Planung ermöglicht.